

Deutscher Bundestag

Stenografischer Bericht

35. Sitzung

Berlin, Freitag, den 26. März 2010

Inhalt:

Tagesordnungspunkt 23:

- a) Unterrichtung durch die Bundesregierung:
Bericht der Bundesregierung zum Stand der Bemühungen um Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung sowie über die Entwicklung der Streitkräftepotenziale 2009 (Jahresabrüstungsbericht 2009)
(Drucksache 17/445) 3309 A
- b) Antrag der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Deutschland muss deutliche Zeichen für eine Welt frei von Atomwaffen setzen
(Drucksache 17/1159) 3309 B
- d) Antrag der Abgeordneten Katja Keul, Dr. Frithjof Schmidt, Kerstin Andreae, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: **Rüstungsexportberichte zeitnah zum Jahresabrüstungsbericht vorlegen**
(Drucksache 17/1167) 3309 B
- Dr. Guido Westerwelle, Bundesminister
AA 3309 C
- Uta Zapf (SPD) 3312 A
- Roderich Kiesewetter (CDU/CSU) 3313 C
- Inge Höger (DIE LINKE) 3315 D
- Agnes Malczak (BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) 3316 D
- Elke Hoff (FDP) 3318 D
- Dr. Rolf Mützenich (SPD) 3319 D
- Dr. Reinhard Brandl (CDU/CSU) 3321 D
- Jan van Aken (DIE LINKE) 3322 D
- Philipp Mißfelder (CDU/CSU) 3324 A

- Jan van Aken (DIE LINKE) 3325 A
- Philipp Mißfelder (CDU/CSU) 3325 C
- Erich G. Fritz (CDU/CSU) 3325 C

Tagesordnungspunkt 24:

- Antrag der Abgeordneten Dr. Konstantin von Notz, Wolfgang Wieland, Jerzy Montag, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: **Keine Vorratsdatenspeicherungen über den Umweg Europa**
(Drucksache 17/1168) 3327 B
- Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) 3327 B
- Michael Grosse-Brömer (CDU/CSU) 3328 C
- Jerzy Montag (BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) 3329 C
- Christine Lambrecht (SPD) 3331 B
- Christian Ahrendt (FDP) 3332 C
- Christine Lambrecht (SPD) 3333 D
- Christian Ahrendt (FDP) 3333 D
- Jan Korte (DIE LINKE) 3334 A
- Ansgar Heveling (CDU/CSU) 3335 C
- Gerold Reichenbach (SPD) 3337 C
- Gisela Piltz (FDP) 3339 B
- Jan Korte (DIE LINKE) 3339 D
- Gerold Reichenbach (SPD) 3340 D
- Petra Pau (DIE LINKE) 3342 A
- Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) 3343 A

Michael Frieser (CDU/CSU)	3344 A	Dr. Daniel Volk (FDP)	3366 C
Dr. Eva Högl (SPD)	3345 C	Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	3368 C
Clemens Binninger (CDU/CSU)	3347 A		
Jerzy Montag (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	3347 C	Tagesordnungspunkt 27:	
Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	3348 B	a) Antrag der Abgeordneten Ute Vogt, Ulrich Kelber, Marco Bülow, weiterer Abgeord- neter und der Fraktion der SPD: Keine Vorbereitungen für die Wiederauf- nahme der Erkundung des Salzstocks in Gorleben bis zum Abschluss der Arbeit des 1. Parlamentarischen Untersu- chungsausschusses (Drucksache 17/1161)	3369 A
Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	3349 C	b) Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung zu dem Antrag der Abgeordneten Ulrich Kelber, Dr. Matthias Miersch, Dorothée Menzner, Sylvia Kotting-Uhl und weiterer Abgeordneter: Einsetzung eines Untersuchungsaus- schusses (Drucksachen 17/888 (neu), 17/1250) ...	3369 A
Tagesordnungspunkt 25:		Ute Vogt (SPD)	3369 B
a) Antrag der Fraktion der SPD: Fairness in der Leiharbeit (Drucksache 17/1155)	3350 D	Dr. Maria Flachsbarth (CDU/CSU)	3370 B
b) Unterrichtung durch die Bundesregierung: Elfter Bericht der Bundesregierung über Erfahrungen bei der Anwendung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes (Drucksache 17/464)	3350 D	Ulrich Kelber (SPD)	3371 C
Anette Kramme (SPD)	3351 A	Dorothée Menzner (DIE LINKE)	3372 C
Dr. Ralf Brauksiepe, Parl. Staatssekretär BMAS	3352 B	Angelika Brunkhorst (FDP)	3373 B
Jutta Krellmann (DIE LINKE)	3353 D	Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	3374 B
Dr. Heinrich L. Kolb (FDP)	3354 D	Eckhard Pols (CDU/CSU)	3375 B
Beate Müller-Gemmeke (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	3355 C	Sebastian Edathy (SPD)	3377 A
Heike Brehmer (CDU/CSU)	3356 D	Reinhard Grindel (CDU/CSU)	3377 D
Gabriele Hiller-Ohm (SPD)	3358 C	Marco Buschmann (FDP)	3379 C
Pascal Kober (FDP)	3359 C	Nächste Sitzung	3380 D
Ulrich Lange (CDU/CSU)	3360 B		
Tagesordnungspunkt 26:		Anlage 1	
Antrag der Abgeordneten Dr. Barbara Höll, Dr. Axel Troost, Richard Pitterle, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE: Den Kampf gegen Steuerhinterziehung nicht dem Zufall überlassen (Drucksache 17/1149)	3361 C	Liste der entschuldigten Abgeordneten	3381 A
Dr. Barbara Höll (DIE LINKE)	3361 D		
Manfred Kolbe (CDU/CSU)	3362 D	Anlage 2	
Martin Gerster (SPD)	3365 A	Amtliche Mitteilung	3382 C

Dr. Barbara Höll

- (A) Das Beispiel Frankreich zeigt allerdings, dass man sich von der Definitionsmacht der OECD nicht abhängig machen muss. Frankreich hat eigene Kriterien entwickelt. Auf deren Grundlage kann Frankreich seit Februar 18 Länder eindeutig als Steueroasen bestimmen, und Frankreich hat es getan. Demgegenüber kennt die Bundesregierung bis heute keine einzige Steueroase. Würden wir jedoch die französischen Kriterien anwenden, so wären auch bei uns mindestens 10 der 18 Steueroasen als solche einzuordnen.

Wir brauchen also einfach eine eindeutige Definition. Deshalb schlagen wir Ihnen vor, dass alle Staaten, die nicht bis zum 30. Juni dieses Jahres die folgenden beiden Bedingungen erfüllen, als Steueroasen gelten und als solche behandelt werden:

(Beifall bei der LINKEN)

Erstens. Es muss ein Abkommen mit Deutschland über den Informationsaustausch in Steuersachen nach dem OECD-Standard nicht nur angekündigt, sondern auch umgesetzt sein.

Zweitens. Es muss eine Verpflichtung dieser Staaten vorliegen, die zur Bekämpfung der Steuerhinterziehung notwendigen Informationen auch zu erheben;

(Beifall bei der LINKEN)

denn ohne die entsprechenden Informationen läuft jedes Auskunftersuchen offenkundig ins Leere.

- (B) Als erste Maßnahme sind vorhandene Doppelbesteuerungsabkommen mit den Steueroasen zu kündigen. Die eindeutige Identifikation dieser ermöglicht sodann wirksame Maßnahmen auf nationaler Ebene. Hierzu schlagen wir Ihnen vor: Dividenden, Zinsen und Lizenzabgaben, die in Steueroasen fließen, müssen mit einer spürbaren Quellensteuer von 50 Prozent belegt werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Quellensteuerbefreiung für Personen mit Wohnsitz in Steueroasen muss natürlich aufgehoben werden. Ähnliches hat Frankreich bereits umgesetzt. Banken, die Filialen oder gar ihren Sitz in Steueroasen haben, muss die Geschäftsgenehmigung entzogen werden. Ich glaube, das ist ein sehr wirksames Mittel. Die zur Besteuerung relevanten Informationen müssen über eine Meldepflicht für Vermögensstransfers über 100 000 Euro ins Ausland beschafft werden. Das sind drei ganz konkrete Maßnahmen, die wir relativ schnell umsetzen könnten.

Die Bekämpfung von Steuerhinterziehung ist aber nicht zuletzt auch eine Frage der Personalausstattung der Steuerverwaltungen. Hier liegt in Deutschland aufgrund der föderalen Gestaltung sehr viel im Argen. Man muss einfach feststellen, dass es sich für die Bundesländer gar nicht lohnt, Investitionen in die Steuerverwaltung zu tätigen, da ihnen daraus resultierende Mehreinnahmen über den Länderfinanzausgleich gleich wieder abgenommen werden. Auch fehlt ein verbindlicher Standard bei der Ermittlung des Personalbedarfs. Hier besteht dringender Änderungsbedarf.

(Beifall bei der LINKEN)

(C) Auf EU-Ebene bleibt die Neugestaltung der EU-Zinsrichtlinie vorrangig. Diese muss endlich alle Kapitaleinkünfte erfassen und auch für Kapitalgesellschaften gelten.

Noch eine grundsätzliche Forderung: Schaffen Sie endlich die ungerechte und hinterziehungsanfällige Abgeltungsteuer ab. Kapitaleinkommen gehören genauso wie Lohn Einkommen dem persönlichen Steuersatz unterworfen.

(Beifall bei der LINKEN)

Dies wäre ein wichtiger erster Schritt zur Eindämmung des internationalen Steuerwettbewerbs, der Steuerhinterziehung überhaupt erst attraktiv macht.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:
Kommen Sie bitte zum Schluss, Frau Kollegin.

Dr. Barbara Höll (DIE LINKE):

Die Linke meint: Die Bekämpfung der Steuerhinterziehung darf nicht dem Zufall überlassen werden. Deshalb haben wir unsere Vorschläge hier zur ersten Beratung vorgelegt.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat der Kollege Manfred Kolbe von der CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

(D)

Manfred Kolbe (CDU/CSU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich begrüße insbesondere die beiden Mitglieder meiner Arbeitsgruppe, Patricia Lips und Mathias Middelberg, die zu dieser Debatte erschienen sind.

(Jan Korte [DIE LINKE]: Dann können wir ja sofort die Abstimmung machen!)

Die unionsgeführte Bundesregierung, Frau Höll, hat nicht nur gefordert, sie hat bei der Bekämpfung der Steuerhinterziehung auch gehandelt.

(Thomas Oppermann [SPD]: Erstens fordert sie nicht, und zweitens handelt sie nicht!)

Unsere Bilanz seit 2005 ist eindrucksvoll. Da könnten auch Sie von der SPD klatschen; Sie waren ja einige Jahre dabei.

Wir haben den verfassungsrechtlich problematischen § 370 a der Abgabenordnung abgeschafft und verfassungsfest durch § 370 Abs. 3 Satz 2 Nr. 5 der Abgabenordnung ersetzt, durch den eine bandenmäßige Hinterziehung von Umsatz- und Verbrauchsteuern qualifiziert bestraft wird.

Wir haben mit dem Gesetz zur Neuordnung der Telekommunikationsüberwachung die bandenmäßige Hinterziehung von Umsatz- und Verbrauchsteuer in den Katalog des § 100 a Strafprozessordnung aufgenommen.

Manfred Kolbe

- (A) Damit ermöglichen wir erstmals eine Telekommunikationsüberwachung bei Steuerhinterziehungstaten. Das hat es vorher nicht gegeben.

Wir haben im Rahmen des Jahressteuergesetzes 2009 die Verjährungsfrist für besonders schwere Fälle der Steuerhinterziehung auf zehn Jahre verlängert.

Neben unseren gesetzgeberischen Aktivitäten arbeitet auch die Steuerfahndung in Deutschland erfolgreich. Jahr für Jahr gibt es 40 000 Verfahren, 17 000 Strafverfahren und Mehreinnahmen in Milliardenhöhe.

Sehr zu begrüßen ist auch, dass der Bundesgerichtshof jüngst die Strafzumessungsregeln bei Steuerhinterziehung präzisiert hat. Der Strafraum von bis zu zehn Jahren Freiheitsstrafe ist durchaus ausreichend, aber man hatte manchmal, wenn man die Urteile gelesen hat, den Eindruck, dass er nicht immer voll ausgeschöpft wurde. Deshalb hat der Bundesgerichtshof jetzt entschieden, dass Freiheitsstrafen künftig schon bei einem Steuerschaden von mehr als 50 000 Euro möglich und ab 100 000 Euro, jedenfalls bei Wiederholungstätern, unerlässlich sind. Bei Hinterziehung in Millionenhöhe ist auch bei Ersttätern grundsätzlich eine Freiheitsstrafe geboten. Wer künftig Steuern in Millionenhöhe hinterzieht, wird also tatsächlich im Gefängnis sitzen. Das ist richtig so.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

- (B) Schließlich haben wir den Koalitionsantrag „Steuerhinterziehung bekämpfen“ beschlossen, in dem insbesondere eine umfassende Überarbeitung und Erweiterung der EU-Richtlinie zur Zinsbesteuerung und ein verbesserter Informationsaustausch auf internationaler Ebene gefordert werden. Dies haben wir im Laufe des letzten Jahres erreicht. Wir haben jetzt mit allen großen Industriestaaten einen Informationsaustausch, der den OECD-Standards entspricht. Derzeit laufen letzte Verhandlungen. Beispielsweise wird heute Bundesfinanzminister Schäuble seinen Schweizer Amtskollegen treffen; auch hier werden wir zu einem erfolgreichen Abschluss gekommen.

In Brüssel liegt auch ein Abkommen der EU mit Liechtenstein unterschriftsreif vor. Man höre und staune – im Ausschuss am Mittwoch waren wir alle etwas erstaunt –: Das wird von Luxemburg und Österreich blockiert, weil sie weniger einschneidende Maßnahmen bei der EU-Richtlinie zur Zinsbesteuerung fordern. Das ist in der Tat unerhört. Die Sozialdemokraten haben letztes Jahr den Einsatz der Kavallerie gefordert.

(Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: So ist das!)

Jetzt könnten Sie zumindest zum Telefonhörer greifen und mit dem österreichischen Bundeskanzler sprechen, damit er eine etwas konstruktivere Haltung einnimmt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Manfred Zöllmer [SPD]: Hat Angela Merkel das denn schon gemacht?)

Wir haben auch gerade in den letzten Wochen bewiesen, dass wir Steuerhinterziehung energisch bekämpfen, Stichwort „Steuersünder-CD“. Obwohl das eine schwie-

(C) rige rechtliche Frage ist, die eine Abwägung erfordert, hat sich die Bundeskanzlerin klar positioniert. Am 1. Februar dieses Jahres hat sie gesagt: Vom Ziel her sollten wir, wenn diese Daten relevant sind, auch in ihren Besitz kommen. Jeder vernünftige Mensch weiß, dass Steuerhinterziehung geahndet werden muss. – Das war von Anfang an keine Moderation, sondern eine klare Positionierung, und das auf einem schwierigen Rechtsgebiet.

Es geht um einen Konflikt, der sämtliche Rechtsordnungen seit Jahrhunderten durchzieht: Man möchte die materielle Wahrheit erforschen, darf dabei aber nicht alle denkbaren Mittel anwenden, muss also prozessual einwandfrei vorgehen. Hier sind in allen Rechtsordnungen immer wieder schwierige Abgrenzungen vorzunehmen. Die Frage ist: Liegt ein Beweisverwertungsverbot vor, wenn Beweismittel, wie im Falle der Steuer-CD offenkundig, rechtswidrig erlangt worden sind?

(Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Dazu liegt bisher aber noch kein Urteil vor!)

Diese Abwägung haben wir durchgeführt und sind zu einem eindeutigen Ergebnis gekommen.

(Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Ja!)

Die Koalition verfolgt nicht nur die Steuerhinterziehung energisch, sondern wahrt dabei auch die rechtsstaatlichen Grundsätze.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP – Martin Gerster [SPD]: Zarter Applaus! – Manfred Zöllmer [SPD]: Das ist ja beeindruckend!)

(D) Unsere Politik ist erfolgreich. Seit Beginn dieses Jahres sind bei deutschen Finanzämtern über 10 000 Selbstanzeigen eingegangen. Wir erzielen möglicherweise Steuermehreinnahmen in Milliardenhöhe. Dies zeigt, dass wir erfolgreich sind und dass man sehr vorsichtig sein muss, ehe man die vollständige Abschaffung des § 371 Abgabenordnung fordert.

(Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: So ist es!)

Dieser Schuss kann auch leicht nach hinten losgehen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Abschließend will ich noch zu dem Antrag der Linken kommen. Frau Höll, einige Punkte Ihres Antrags sind wirklich bemerkenswert,

(Dr. Barbara Höll [DIE LINKE]: Das finden wir auch!)

selbst dann, wenn man berücksichtigt, welches Niveau die Anträge, die die Linken sonst einbringen, haben. Zum Teil ist das, was Sie fordern – wenn dieser Ausdruck nicht unparlamentarisch ist, Herr Präsident –, wirklich abwegig.

(Dr. Barbara Höll [DIE LINKE]: Na, na, na! – Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Herr Kollege, das ist aber noch sanft ausgedrückt! – Heiter-

Manfred Kolbe

(A) keit bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Erstens. Sie fordern, dass Deutschland auf dem Gebiet der internationalen Steuerhinterziehung einen nationalen Alleingang unternimmt. Die Bundesregierung soll hierzu einen Gesetzentwurf vorlegen.

(Dr. Barbara Höll [DIE LINKE]: Was Frankreich kann, können wir doch wohl auch, oder nicht?)

Das Problem der internationalen Steuerhinterziehung können wir möglicherweise noch nicht einmal auf europäischer Ebene alleine lösen, sondern das ist nur global möglich. Aber Sie fordern die Bundesregierung auf, ein nationales Gesetz zu diesem sehr komplizierten Gebiet vorzulegen.

(Dr. Barbara Höll [DIE LINKE]: Natürlich!)

Das ist doch kompletter Unsinn. Das wird zu keinem Ergebnis führen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Dr. Axel Troost [DIE LINKE]: Andere können das! Da soll die Bundesregierung aktiv werden! – Dr. Barbara Höll [DIE LINKE]: In Frankreich war das kein Problem!)

Zweitens. Sie möchten, dass Deutschland eine Liste „nicht kooperativer Staaten“ aufstellt.

(Dr. Axel Troost [DIE LINKE]: Ja! – Dr. Barbara Höll [DIE LINKE]: Für sich! Ja!)

(B) Wollen Sie allen Ernstes, dass die Bundesregierung eine Liste „nicht kooperativer Staaten“ aufstellt?

(Alexander Süßmair [DIE LINKE]: Ja! Jetzt glauben Sie es doch endlich!)

Das ist doch nationale Kanonenbootpolitik. Das geht nach hinten los.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Leo Dautzenberg [CDU/CSU], an die LINKE gewandt: Denunziantentum kanntet ihr ja schon immer!)

Wegen der Äußerungen des ehemaligen Bundesfinanzministers Steinbrück hatten wir schon genug Probleme;

(Katja Kipping [DIE LINKE]: Wollen Sie Steueroasen abschaffen oder nicht?)

damals war von Indianern, von der Kavallerie und von Ouagadougou die Rede.

(Dr. Axel Troost [DIE LINKE]: Sie waren aber sehr wirksam!)

Jetzt soll die Bundesrepublik Deutschland eine Liste nicht kooperationswilliger Staaten aufstellen,

(Dr. Axel Troost [DIE LINKE]: Daran ist doch nichts Besonderes! – Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Das macht die OECD doch sowieso!)

an der OECD und der EU vorbei. Das ist wirklich hanebüchener Unsinn.

(Dr. Barbara Höll [DIE LINKE]: Herr Sarkozy ist kein Linker, aber der hat es gekonnt!)

Was Ihre dritte Forderung betrifft, möchten Sie, dass sie bis zum 30. Juni 2010 erfüllt wird. Dieses Datum muss man sich auf der Zunge zergehen lassen. Zu Ihrer Information: Heute ist der 26. März 2010.

(Dr. Axel Troost [DIE LINKE]: Ja, genau! Das sind noch dreieinhalb Monate!)

Selbst wenn Ihr Antrag eine Mehrheit fände und der Bundestag ihm zustimmen würde, wäre es April oder Mai, ehe die Bundesregierung tätig würde.

(Dr. Barbara Höll [DIE LINKE]: Wir können doch sofort eine Abstimmung machen! Noch heute!)

Sie fordern die Bundesregierung auf, bis zum 30. Juni 2010 alle Doppelbesteuerungsabkommen, die Deutschland geschlossen hat, zu kündigen,

(Dr. Barbara Höll [DIE LINKE]: Nein! Nur die mit nicht kooperativen Staaten! Lesen!)

wenn sich der jeweils andere Staat nicht kooperativ verhält. Das ist eine Forderung, die den deutschen Interessen massiv schaden würde.

(Dr. Axel Troost [DIE LINKE]: Mit diesen Staaten?)

– Herr Kollege Troost, Deutschland als international agierender Staat hat ein großes Interesse an Doppelbesteuerungsabkommen.

(Dr. Axel Troost [DIE LINKE]: Mit Steueroasen?)

– Es geht ja um alle Doppelbesteuerungsabkommen.

(Dr. Axel Troost [DIE LINKE]: Nein!)

– Mit Steueroasen schließen wir gar keine Doppelbesteuerungsabkommen; das sollten Sie wissen.

(Dr. Axel Troost [DIE LINKE]: Das Problem ist aber, dass ein Teil der Länder das macht!)

Doppelbesteuerungsabkommen werden nur mit wirtschaftlich tätigen Ländern geschlossen.

(Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Die machen dann eine eigene Steueroasenverwaltung!)

Wir haben doch beide selber erlebt, wozu die Kündigung eines Doppelbesteuerungsabkommens führt: Das schadet der deutschen Wirtschaft, das schadet den deutschen Kulturschaffenden vor Ort. Eine Kündigung ist Unsinn.

(Dr. Axel Troost [DIE LINKE]: Da geht es um andere Länder!)

– Dann fordern Sie doch so etwas nicht in einem Antrag! Bis zum 30. Juni 2010 alle Doppelbesteuerungsabkommen zu kündigen, das ist einfach ein Eigentor.

(Zuruf von der LINKEN: Nein, nur mit Steueroasen!)

Ich sage abschließend: Ersparen Sie uns die Beratung dieses Antrages im Ausschuss!

Manfred Kolbe

- (A) (Dr. Axel Troost [DIE LINKE]: Nein! –
Dr. Barbara Höll [DIE LINKE]: Das könnte
Ihnen so passen!)

Ziehen Sie den Antrag in Ihrem eigenen Interesse zurück!

Danke.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP –
Dr. Axel Troost [DIE LINKE]: Im Gegenteil,
wir werden eine Anhörung dazu beantragen!)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat der Kollege Martin Gerster von der SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Martin Gerster (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Als ich zu Beginn dieser Woche erfahren habe, dass das Thema Steuerhinterziehung einmal mehr auf der Tagesordnung des Deutschen Bundestages steht, war ich zunächst erfreut. Schon als ich den Titel Ihres Antrags gelesen hatte, dachte ich allerdings: Das ist offensichtlich ein mit heißer Nadel gestrickter, unausgegorener Antrag. Der Titel „Den Kampf gegen Steuerhinterziehung nicht dem Zufall überlassen“ passt nicht. Der Faktor Zufall ist nicht das, was wir angehen müssen. In Bezug auf die Steuerhinterziehung haben wir doch ein ganz anderes Problem: dass es mancher politischen Partei in Deutschland an dem Willen fehlt, Steuerhinterziehung wirksam und nachhaltig zu bekämpfen.

(B)

(Beifall bei der SPD – Dr. Barbara Höll [DIE LINKE]: Was sagen Sie zum Kauf von Steuer-sünder-CDs?)

Kollege Manfred Kolbe, ich schätze Sie persönlich sehr. Sie haben hier von einer eindrucksvollen Bilanz gesprochen. Was wir in der Großen Koalition auf den Weg gebracht haben, kann sich, denke ich, sehen lassen. Aber wer war eigentlich der Motor, wer war die Triebfeder für all das, was wir gemacht haben? Das war doch nicht die Unionsfraktion, das war doch nicht die Kanzlerin. Es war Finanzminister Peer Steinbrück von der SPD, der das Ganze angeregt und angetrieben hat.

(Beifall bei der SPD – Dr. Daniel Volk [FDP]:
Genau! Mit seiner Kavallerie! – Leo
Dautzenberg [CDU/CSU]: Wie weit sind Sie
beim § 370 Abgabenordnung?)

Das gehört doch auch zur Wahrheit: Wir mussten Sie zum Jagen tragen, damit wir am Schluss nach quälenden Diskussionen und Monaten des Verschiebens überhaupt etwas auf den Weg bringen konnten.

Wenn ich hier höre, dass Schwarz-Gelb die Steuerhinterziehung tatsächlich zum großen Thema mache, will ich sagen: Ich habe den Eindruck, dass Schwarz-Gelb keine klare Linie hat. Was Sie hier veranstalten, ist ein Torso. Schauen Sie einmal, was die Landesregierung von Baden-Württemberg macht! FDP-Justizminister Goll sagt: Wir wollen diese Steuer-CD nicht ankaufen. CDU-

Finanzminister Stächele sagt: Wir wollen sie kaufen. Der neue Ministerpräsident, Stefan Mappus, sagt: Wir kaufen sie lieber nicht. – Andernfalls wäre nämlich seine Wahl gefährdet gewesen. Das ist doch kein effizienter Kampf gegen Steuerhinterziehung. Baden-Württemberg hätte diese CD kaufen müssen. Dann hätten Sie Ihren eigenen Minister, Bundesfinanzminister Schäuble, nicht in die missliche Situation gebracht, dass er letztendlich von Bundesland zu Bundesland laufen und jemanden suchen musste, der sich bereit erklärt, diese Steuer-CD zu kaufen.

(C)

(Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Haben Sie zur Kenntnis genommen, dass NRW diese CD längst erworben hat, Herr Kollege?)

– In NRW hat man diese CD jetzt gekauft. Die Frage bleibt: Ist das eigentlich ein nachhaltiger und guter Ansatz, um Steuerhinterziehung zu bekämpfen? Sie sind doch ganz unterschiedlich unterwegs: Hier sagen Sie Ja, dort sagen Sie Nein.

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Zufall!)

So sieht ein effektiver Kampf gegen Steuerhinterziehung jedenfalls nicht aus.

(Beifall bei der SPD)

Ich will deutlich machen, dass es hier nicht um irgendein Thema geht. Die Steuerhinterziehung hat eine gigantische Dimension angenommen, ein unglaubliches Ausmaß: 11 000 Selbstanzeigen – davon, vielleicht auch kein Zufall, 3 000 in Baden-Württemberg – sprechen für sich.

(D)

Es wäre notwendig, dass Schwarz-Gelb überall dort, wo man in den Ländern Verantwortung trägt, sagt: Angesichts der Verfahren, die jetzt eingeleitet werden, muss die Steuerfahndung personell besser ausgestattet werden.

(Dr. Axel Troost [DIE LINKE]: So ist es!)

Was passiert in den Ländern, in denen Sie regieren? Gar nichts.

(Dr. Mathias Middelberg [CDU/CSU]: Doch!)

Das zeigt: Es ist kein Zufall, es hat System. Es fehlt an dem politischen Willen, tatsächlich intensiv gegen Steuerhinterziehung vorzugehen.

(Dr. Mathias Middelberg [CDU/CSU]: Da, wo wir verantwortlich sind, sind die CDs erworben worden!)

Das zeigt, dass wir sinnvolle, nachhaltige Maßnahmen brauchen, um der systematischen Hinterziehung von Geldern entgegenzuwirken. Das sind im Übrigen Gelder, die wir für öffentliche Leistungen dringend brauchen. Ich erinnere nur an die Haushaltsberatungen der letzten Woche oder auch an jeden einzelnen Tagesordnungspunkt hier im Plenum, den wir diskutieren. Überall stellt sich die Frage: Woher soll das Geld kommen? Sie wären gut beraten, die Maßnahmen in Sachen Steuerhinterziehung zu intensivieren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Linksfraktion, ich komme ganz konkret auf Ihren Antrag zu spre-